



Geschäftsführung Digitalisierungsausschuss

Herr Andreas Plötz

Telefon: (0221) 221 22491

E-Mail: andreas.ploetz@stadt-koeln.de

Datum: 16.06.2023

Niederschrift

über die **15.Sitzung des Digitalisierungsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 24.04.2023, 16:00 Uhr bis 17:53 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Manuel Jeschka	Volt
Herr Florian Weber	CDU
Herr Lino Hammer	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Timo Hilleke	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Sandra Schneeloch	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Eric Haeming	CDU
Herr Thomas Hegenbarth	Auf Vorschlag der SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Floris Rudolph	Bündnis 90/Die Grünen (Vertreter für Hr. Dr. Lutz)
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Thomas Welter	CDU (Vertreter für Hr. Spehl)
Frau Nadine Mai	Auf Vorschlag der LINKEN
Herr Dr. Kay-Uwe Bartels	Auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Herr Michael Gautsch	Auf Vorschlag der AfD
Frau Mela Chu	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Heiner Fröschen	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Florian Gewecke	Auf Vorschlag der Grünen (ab 17:12 Uhr abwesend)
Frau Catharina Brühl	Auf Vorschlag der CDU (ab 16:30 Uhr anwesend)
Herr Roland Berger	Auf Vorschlag von SPD
Herr Florian Franzen	Auf Vorschlag der FDP
Herr Christian Glashagen	Auf Vorschlag von Volt
Herr Christian Schwarz	Auf Vorschlag von Die Fraktion
Herr Robert Gabriel	Auf Vorschlag der Klima Freunde

Frau Vivian Berhane	Auf Vorschlag des Integrationsrates (ab 16:16 Uhr anwesend)
Herr Dirk Bachhausen	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Verwaltung

Herr Haack, Dezernat IX
Frau Berger, Amt für Informationsverarbeitung
Herr Schoos, Amt für Informationsverarbeitung
Herr Hilger, Amt für Informationsverarbeitung
Frau Möwes, Stabstelle Digitalisierung
Frau Krins, Stabsstelle Digitalisierung
Frau Volkmann, Stabsstelle Digitalisierung
Herr Szymanski, Rechnungsprüfungsamt
Frau Gies, Amt der Oberbürgermeisterin
Frau Hurniak, Museumsdienst
Herr Fricke, Datenschutzbeauftragter

Gäste

Herr Kohlhaas, KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH
Herr Kretschmer, KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. David Lutz	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Felix Spehl	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Markus Schernick	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Sara Jansen-Neubert	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Dr. Marie-Christine Frank	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dominic Land	Auf Vorschlag der CDU
Herr Joachim Vranken	Auf Vorschlag der SPD
Frau Lisa Wicharz	auf Vorschlag der SPD
Herr Harijn Esmael	Auf Vorschlag von Die Linke
Frau Marcia Grant	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Volker Scherzberg	Seniorenvertretung

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung

Frau Eva-Maria Gärtner-Plückthun

Seniorenvertretung

Der Ausschussvorsitzende Herr Jeschka begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 15. Sitzung des Digitalisierungsausschusses. Der Vorsitzende erläutert zur Tagesordnung, dass untenstehende Ergänzungen vorliegen.

Der Digitalisierungsausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Vortrag zum Thema Open Data in Köln | Stabsstelle Digitalisierung

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 1.1 Mündliche Anfrage (CDU) betreffend "Weichenstellung Gaming Standort", Nr. 0191/2023
0633/2023

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.1 Digitalstrategie der Museen, hier: Information zur Ausstattung der Museen mit WLAN und Publikums-WLAN
0593/2023
- 2.2 Open Data Day 2023
1168/2023

3 Sachstandsberichte der Verwaltung

- 3.1 Abschlussbericht zum Digitalisierungsprogramm 2019 - 2022 - Schwerpunkt "Dienstleistungen für Bürger*innen und Unternehmen"
0519/2023

4 Schriftliche Anfragen

- 4.1 Anfrage nach § 4 (CDU) betreffend Zeitvorteil durch Digitale Bürgerdienste
AN/0092/2023

Antwort der Verwaltung vom 17.04.2023
0522/2023

- 4.2 Anfrage nach § 4 (SPD) betreffend Chatbots und Digitale Assistenten
AN/0094/2023

Antwort der Verwaltung vom 06.03.2023
0290/2023

- 4.3 Anfrage nach § 4 (CDU) betreffend Kölns Potenziale im Bereich Digital Health
AN/0374/2023

Antwort der Verwaltung vom 11.04.2023
1068/2023

- 4.4 Anfrage nach § 4 (Volt) betreffend Sachstand hybride Ausschusssitzungen
AN/0378/2023

Antwort der Verwaltung vom 06.03.2023
0792/2023

- 4.5 Anfrage nach § 4 (Die Linke) betreffend Auslastungsanzeigen bei der Stadt
Köln sowie städtischen und stadtnahen Einrichtungen
AN/0496/2023

- 4.6 Anfrage nach § 4 (Die Linke) betreffend Digitalisierung der Stadt Köln
AN/0498/2023

Antwort der Verwaltung vom 17.04.2023
1096/2023

5 Mündliche Anfragen

6 Anträge

- 6.1 Antrag nach § 3 (SPD und FDP) betreffend LoRaWAN-Projekte Beschleunigung
AN/0548/2023

- 6.2 Antrag nach § 3 (SPD) betreffend Virtuelles Bürgerbüro für Verwaltungsdienstleistungen in Köln
AN/0622/2023

7 Allgemeine Vorlagen

8 Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

10 Mitteilungen der Verwaltung

11 Sachstandsberichte der Verwaltung

12 Schriftliche Anfragen

13 Mündliche Anfragen

14 Anträge

15 Allgemeine Vorlagen

15.1 Bedarfsanerkennung für externe IT-Dienstleistungen im 1st Level Support
0957/2023

15.2 Bedarfsanerkennung zur Beteiligung am Rahmenvertrag der PROVITAKO zur
Beschaffung von Apple Hardware für die pädagogischen Bereiche der Kölner
Schulen in den Jahren 2023 und 2024
0431/2023

16 Dringlichkeitsentscheidungen

I. Öffentlicher Teil

A Vortrag zum Thema Open Data in Köln | Stabsstelle Digitalisierung

Frau Volkmann hält einen Vortrag und erklärt in diesem die Rolle der Stadtverwaltung Köln im Thema Open Data sowie der bereitgestellten Plattform.

Laut Frau Volkmann stellt die Stadtverwaltung Köln neben den offenen Daten, die aktiv genutzt werden können, auch den Betrieb und die Weiterentwicklung der Plattform bereit. Man arbeite mit anderen Kommunen und der Community zusammen. Mit den Daten werden u.a. Apps entwickelt oder sie werden für Online-Services genutzt.

Herr Glashagen bedankt sich für den Vortrag und fragt, ob die Stadtverwaltung Köln Daten von den Stadtgesellschaften bezieht.

Darüber hinaus interessiert ihn, ob die Stadt Köln den Dienst anderen, nutzenden Kommunen in Rechnung stellt, da für das Hosting auch Kosten entstünden.

Außerdem fragt er, ob die anderen Kommunen den Musterkatalog oder lediglich die bereitgestellte Infrastruktur/ den gehosteten Service nutzen.

Herr Berger bedankt sich für den präzisen Vortrag und bittet um Darlegung, welche Unternehmen bzw. Nutzer die offenen Daten für kommerzielle Zwecke verwenden, wenn die Stadt Köln diese kostenfrei zur Verfügung stellt. Er fragt außerdem, ob die Stadt Köln Informationen darüber erhält, wenn Unternehmen die Daten verwendet haben.

Herr Hegenbarth bedankt sich und bittet um Erläuterung des Finanzierungsmodells. Darüber hinaus bittet er um Darstellung, welche Nutzerkreise die Daten in der Praxis verwendet, z.B. ob auch Bürger*Innen offene Daten abfragen oder lediglich die Stadtverwaltungen.

Frau Volkmann antwortet, dass die Stadtverwaltung Köln auch Daten von Stadtwerken und Unternehmen bekommt und diese auch von der Stadtverwaltung Köln selbst angefragt werden. Sie schildert, dass die meisten Nutzer Unternehmen (viele Startups) sowie die Bürgerschaft, vor dem Hintergrund der Forschung, sind.

Frau Volkmann führt weiter aus, dass 15 andere Kommunen das Portal aktuell nutzen und dafür den Selbstkostenpreis zahlen. Die Stadtverwaltung Köln verdiene daran nicht, decke aber die gesamten Kosten.

Frau Volkmann erklärt, dass wenn Daten kommerziell genutzt werden, diese nicht weiterverkauft werden dürfen. Dies könne nicht geprüft werden, aber erfahrungsgemäß gehe man davon aus, dass dies nicht geschehe. Die Ausnahme sei, wenn Apps durch privat erhobene Daten angereichert werden. Diese Anreicherung würde bezahlt werden. Frau Volkmann stellt dar, dass

Apps von verschiedenen Nutzergruppen bereitgestellt werden, damit Unternehmen die Daten aktiv für die Entwicklung verschiedener Projekte nutzen können.

Frau Möwes ergänzt, dass das Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Informationsverarbeitung realisiert wird.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

1.1 Mündliche Anfrage (CDU) betreffend "Weichenstellung Gaming Standort", Nr. 0191/2023 0633/2023

Herr Weber bedankt sich für die gelieferten Informationen. Er warnt, die Finanzmittel nicht verfallen zu lassen und bittet um Erläuterung der augenscheinlich widersprüchlichen Sachstände zur Übertragung genehmigter Finanzmittel in das Folgejahr.

Herr Kohlhaas erklärt, dass die Mittelübertragungen durch die Kämmerei in den nächsten Wochen vollzogen werden.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Digitalstrategie der Museen, hier: Information zur Ausstattung der Museen mit WLAN und Publikums-WLAN 0593/2023

Herr Weber bedankt sich für die ausführliche Antwort und fragt, was von der Politik benötigt wird, um den WLAN-Ausbau in den öffentlichen Museen auf 100% anstatt der geplanten 70% bis 2024 zu erweitern.

Er fragt, welche Unterstützung es gibt, um die Großprojekte umzusetzen und was benötigt wird, um diese zu beschleunigen.

Herr Bartels weist darauf hin, dass das RGM (Römisch-Germanische-Museum) seit vier Jahren keine Betriebserlaubnis mehr habe. Er fragt, wie sinnvoll es ist, eine volle Ausstattung bis 2024 zu planen, bzw. welche Annahme getroffen wird, dass wieder Publikumsverkehr erlaubt werden kann.

Frau Hurniak sagt, dass das RGM interimswise im Belgischen Haus ausstellt. Um diese Wirkungsstätte werde sich gekümmert und darauf beziehe sich auch der Plan bis 2024.

Sie schildert, dass WLAN als integraler Bestandteil gesehen wird und Bedarfe entsprechend erfüllt werden müssen. Dazu müssen Museen ihren digitalen

Raum erweitern. Das Museum Ludwig sei hierbei ein gutes Beispiel, indem digitale Ausstellungen mit digitalen Objekten dargestellt werden. Ein gewisser Ausgleich zwischen Basics nachziehen und gleichzeitig einer zeitgemäßen Ausstellung/Vermittlungskultur nachzukommen, sei demnach essenziell.

Frau Hurniak stellt dar, dass die Online-Tickets ein Großprojekt sind, da jedes Museum als eigene Dienststelle gilt und nicht zentral unter Museumsdiensten geführt wird. Eine gemeinsame Zusammenarbeit, in die auch Amt 12 involviert sei, gebe es bereits. Sie führt aus, dass es in den Online-Shops nicht nur um die Online-Tickets gehen soll, sondern auch um digitale Veranstaltungen und Führungen, die zusammen buchbar sein sollen.

Durch einen Ressourcenmangel gebe es zurzeit nur zwei solcher Stellen. Dabei werde zeitlich gestreckt, damit vieles parallel laufen könne. Frau Hurniak erklärt, dass die Politik Beschlüsse fassen kann, die in Richtung Bauvorhaben gehen, damit es die Voraussetzung für WLAN gibt. Diese Verzögerung entstehe nicht durch das Amt für Informationsverarbeitung, das die WLAN-Hotspots bereitstellt oder an der Zusammenarbeit mit Netcologne, sondern durch fehlende bauliche Voraussetzungen. Diese seien teilweise verschoben worden, bis die nächste Generalsanierung anstehe.

Sie erklärt außerdem, dass es im Wallraf-Richartz-Museum auf eine grundsätzliche Modernisierung geschoben wurde, deren Zeitpunkt noch unklar ist. Ausnahme sei der Keller, der auch als Sonderausstellungsfläche genutzt werde. Frau Hurniak führt weiter aus, dass im Museum Ludwig die Ausschreibung für die Verkabelung durch die Gebäudewirtschaft zeitnah veröffentlicht werden wird.

Herr Bartels hinterfragt das fehlende Ticketing-System der Museen und bittet um Sachstand zum RGM.

Frau Hurniak erläutert, dass es sei viel komplexer sei, einen ganzheitlichen Online-Shop zu erstellen und zu verwalten, als nur den Verkauf von Online-Tickets anzubieten. Der angeführte Artcologne-Shop wurde vom Museumsdienst erstellt. U.a. sei es aufgrund datenschutzrechtlicher Aspekte nicht möglich, eine Standardsoftware zu nutzen.

Herr Weber bedankt sich und fragt, wer die Online-Shops erstellt/programmiert, bzw. wer alles involviert ist.

Frau Hurniak erläutert die pilotweise Nutzung eines Standardproduktes, das in der Cloud gehostet wird. Es werde mit einer großen internationalen Firma zusammengearbeitet. Die Standardsoftware könne relativ schnell eingerichtet werden. Für das Design und die Produkteinstellung sei das angefragte Haus selber zuständig.

Herr Berger bedankt sich für die differenzierten Antworten und fragt, ob ähnlich große Städte beim Ausbau dieselben Probleme haben.

Frau Hurniak erklärt, dass ein Vergleich mit anderen Städten sehr schwierig ist. Die Stadtverwaltung Köln sei mit der Menge und Vielfältigkeit der Museen einzigartig. Oft seien es nicht zwingend kommunale Museen, sondern von einem privaten Träger. Diskussionen über WLAN gebe es in anderen Museen immer noch, aber die meisten sehen es als Standard an. Es sei aber keine Feldforschung gemacht worden.

Herr Glashagen äußert seine Bedenken, dass die Standardsoftware angeblich nicht datenschutzkonform sei. Der Datenschutz werde oft als Deckmantel benutzt, um die Digitalisierung/ den Fortschritt zu verlangsamen.

Des Weiteren fragt er, was der Ausschuss tun kann, um an dieser Hürde vorbeizukommen. Es gebe ein gewisses Interesse daran, dass es weiter vorangeht.

Frau Hurniak betont, dass eine gute Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadtverwaltung Köln besteht. Es gebe keine Hemmnisse, die bremsen sollen. Ein Problem an den Standardprogrammen seien z.B. die Cookies. Die seien für Marketingzwecke programmiert worden und wollen möglichst viel Daten sammeln. Es müssten die AGBs/Benutzungsordnungen formuliert werden.

Frau Chu fragt, ob der Ausschuss irgendwie helfen kann, z.B. Anträge stellen, die Erleichterung der Arbeit schaffen.

Frau Hurniak erklärt, dass das Hauptproblem im Bau sowie der Verkabelung läge. Es würden Projektleitungsstellen benötigt. Es gebe eine Digitalisierungsstrategie, in der die wichtigsten Projekte benannt sind und dementsprechend gehandelt werde. Wenn die Stadtverwaltung Köln weitere Unterstützung brauche, werde eine Beschlussvorlage eingebracht werden.

Herr Bartels will den Unterschied zwischen WLAN-Versorgung und WLAN-Ausleuchtung wissen.

Frau Hurniak erläutert, dass es nur eine sprachliche Variierung ist. Sie bedankt sich im Allgemeinen für die Unterstützung durch den Ausschuss.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Open Data Day 2023 1168/2023

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Sachstandsberichte der Verwaltung

3.1 Abschlussbericht zum Digitalisierungsprogramm 2019-2022 - Schwerpunkt "Dienstleistungen für Bürger*innen und Unternehmen" 0519/2023

Herr Hegenbarth bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und fragt, ob die leeren Felder bei Anlage 1 „Reifegrad“ die Leistungen sind, die die Bürger nicht direkt in Anspruch nehmen müssen.

Des Weiteren fragt er zu Seite 6, ob das Programm abgeschlossen ist und welche OZG-Leistungen ausstehen.

Er bittet darum, dass der Ausschuss immer auf den neuesten Stand gehalten wird und fragt noch einmal nach den Schwerpunkten.

Herr Weber bedankt sich und bittet um Erklärung, inwieweit bei den 105 abgeschlossenen Projekten die Verwaltungsprozesse angepasst werden.

Er fragt auch, ob beim Digitalisierungskataster ein Rollouttermin absehbar ist.

Außerdem möchte er wissen, ob die 105 Projekte künftig in einem weiteren Prozess verbessert werden, oder ob diese schon komplett abgeschlossen sind.

Her Bartels fragt, was auf Seite 4 mit „übergreifende Grundstücksakte“ bzw. was insbesondere mit „übergreifend“ gemeint ist.

Er bittet um Erläuterung der Formulierung: „Bereitschaft von Personal zu Krisenmanagement“. Er macht deutlich, dass die meisten Unternehmen in der Corona-Krise jahrelang liegende Angelegenheiten aufgearbeitet haben. In der Zeit seien sie auch deutlich effizienter geworden, aufgrund vom Wegfall der Fahrzeiten und physischen Besprechungen. Zeitliche Verzögerungen würden oft auf Corona geschoben werden.

Er bittet, dass die Anlagen im Einzelnen durchgegangen werden, wie z.B. die laufende Nummer 188 (ob damit nur die E Akte gemeint ist und warum kein Reifegrad zugewiesen wurde).

Frau Möwes erklärt, dass grundsätzlich der Reifegrad nur bei Projekten angegeben ist, die aus dem OZG-Bereich sind. Bei den anderen wurde es weggelassen.

Sie stellt dar, dass die Prozesse z.T. aus dem Bereich Softwareeinsatz kommen und in Teilen angepasst werden. Dies werde im Masterplan noch Thema werden.

Sie sagt, dass Corona-Krise und der Ukrainekrieg dazu führten, dass Personal in Bereichen zugewiesen und in anderen abgezogen wurde. Es habe viel Bewegung gegeben und es sei eher eine Umverteilung in anderen Projekten gewesen, kein „Liegenlassen“.

Frau Möwes schildert, dass das „übergreifend“ in der „übergreifenden Grundstücksakte“ bedeutet, dass die Daten von den Ämtern übergreifend gesammelt werden und nicht nur von einem Amt.

Sie erklärt außerdem, dass es bei dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess es auf die Steuerung ankommt. Dies sei auch ein Teil des Masterplans und zum Teil agieren die Ämter eigenständig. Es gebe nicht in allen Dienststellen ein etabliertes Projektmanagement. Im Masterplan werde es als Prozess mit aufgenommen.

Herr Haack betont die Herausforderungen bei der Umsetzung des OZG. Es laufen noch ca. 50 Projekte aus diesem Programm. Bis dahin solle der Mas-

terplan Verwaltungsdigitalisierung soweit sein, dass man aus ihm eine priorisierte Arbeitsliste erstellen und unter den neuen Rahmenbedingungen arbeiten kann. Er ist guter Dinge, dass es in diesem Jahr fertig ist und im Ausschuss präsentiert werden kann.

Das Kataster-Rollout diene zur internen Bestandaufnahme. Es sei eine wichtige Grundlage, um den Masterplan zu entwickeln. Es diene quasi als Landkarte um herauszufinden, wo und was in der Stadtverwaltung Köln passiert.

Herr Bartels fragt nach den Gründen für die Absage von 11 Projekten.

Frau Möves verspricht ausführliche Antworten vom Fachamt. Sie führt aber bereits Beispiele für Absagen auf, z.B. Fluktuation von Personal.

Herr Bartels bittet darum, dass die Mitteilung auch dem AVR bereitgestellt wird.

Herr Weber bedankt sich für die Antwort zum Kataster.

Herr Franzen regt eine kleine Projektbeschreibung in Form von Aufwänden in Personen-Tagen/ finanzielle Aufwände an, um die Größenordnung einschätzen zu können.

Herr Haack regt an, auch die Personen-Tage für die Projektbeschreibung anzuhängen.

Herr Franzen stimmt dem Vorschlag zu.

Frau Möwes erläutert, dass initial nur mit Excel-Listen gestartet wurde. Es habe zu diesem Zeitpunkt noch keine Projektdatenbank gegeben. Der Aufwand sei zu groß gewesen, da man bei allen Ämtern hätte nachfragen müssen. Inhaltlich könne gerne zu einzelnen Projekten nachfragt werden. Es werde zukünftig dauerhaft mit dem Projektmanagement-Tool gearbeitet.

Herr Franzen bedankt sich und antwortet, dass es für die Zukunft angedacht ist. Bei einzelnen Projekten würde er weiterhin nachfragen.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Schriftliche Anfragen

4.1 Anfrage nach § 4 (CDU) betreffend Zeitvorteil durch digitale Bürgerdienste AN/0092/2023

**Antwort der Verwaltung vom 17.04.2023
0522/2023**

Herr Weber bedankt sich für die Beantwortung und merkt an, dass die Nutzer des digitalen Weges einen Vorteil haben sollten. Oft könne nicht genau ermittelt werden, ob der Zeitvorteil gegeben ist.

Er fragt, warum die digitale Bauakte nur schwerlich genutzt wird und was die Erkenntnisse des Sachverhaltes sind.

Herr Haack sagt, dass der erste Baustein im Masterplan die Verwaltungsdigitalisierung ist. Es solle mehr automatisiert und noch weiter standardisiert werden, damit man nicht noch mehr Personal für neue Leistungen braucht. Es solle eine Grundlage für das Analysieren geschaffen werden. Es werde nicht nur beim Bürger, sondern auch in der Verwaltung selbst für eine größere Zeitersparnis sorgen.

Zur Bauakte ist eine Rücksprache beim Baudezernenten erforderlich. Nach seiner Erfahrung wird es genutzt und das Feedback sei positiv.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

4.2 Anfrage nach § 4 (SPD) betreffend Chatbots und digitale Assistenten AN/0094/2023

Antwort der Verwaltung vom 06.03.2023 0290/2023

Herr Hegenbarth bedankt sich für die Antwort und würde gerne mögliche Einsatzgebiete der Technologie erfahren.

Frau Berger erklärt, dass hier differenziert werden muss zwischen dem Chatbot und andererseits dem digitalen Assistenten.

Sie schildert die aktuelle Planung der parallelen Anwendung der Technologien in der Verwaltung im Sinne des Erfahrungsgewinns. Anschließend werde entschieden, welche der beiden Lösungen weiter verfolgt werde. Ziel soll sein, sich tiefe Grundlagen in der Technologie zu erarbeiten.

Herr Gabriel fragt, ob es Nachhaltigkeitskriterien gibt bei der Evaluierung von Chatbot und KI. Er bezieht sich auf einen "Zeit" -Artikel, in dem Chat-GPT-Prompt tausend Mal mehr Energie verbrauche, als eine Google-Suchanfrage.

Frau Berger sieht das Thema Nachhaltigkeit in der IT als grundsätzliche Fragestellung. So werde u.a. im Masterplan auch die Nachhaltigkeit behandelt.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

4.3 Anfrage nach § 4 (CDU) betreffend Kölns Potenziale in Bereich Digital Health AN/0374/2023

**Antwort der Verwaltung vom 11.04.2023
1068/2023**

Frau Brühl bittet um Erklärung, ob der Verein Digital Health Germany e.V. die Maßnahmen, die in der Studie erarbeitet wurden, umsetzt. Sie fragt, ob die Stadt Köln die Maßnahmen auch selbstständig umsetzen könnte. Außerdem fragt sie, ob der Verein zum Teil von der Stadtverwaltung finanziert wird oder sich selbstständig trägt.

Herr Kretschmer (Köln Business Wirtschaftsförderung) antwortet, dass es eine Neu-Positionierung des Vereins gab und insofern die Frage nach der Maßnahmen-Umsetzung noch nicht geklärt sei. Für eine Realisierung der Maßnahmen durch die Stadt Köln fehle es alleine schon an Personal. Die Ausrichtung des Vereins sei es, einen Verband für Deutschland aufzustellen.

Er erklärt, dass sich der Verein alleine durch Mitgliedsbeiträge trägt. Es gebe zurzeit weniger als 30 Mitglieder, weswegen es nur eine geringe finanzielle Gestaltungsmöglichkeit gebe.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**4.4 Anfrage nach § 4 (Voll) betreffend Sachstand hybride Ausschusssitzungen
AN/0378/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 06.03.2023
0792/2023**

Herr Glashagen bezeichnet diese Antwort als ernüchternd, da nicht geklärt ist, wann es stattfinden wird. Er kritisiert, dass seit über einem Jahr sechs verschiedene Software-Produkte geprüft werden. Man komme zu keinem Ende und er fragt sich, wann die Prüfung ein Ende findet.

Herr Jeschka schlägt vor, Sitzungen hybrid durchzuführen, ohne die Möglichkeit der Fraktionen, digital Abstimmungen durchzuführen.

Frau Gies schildert, dass seit eineinhalb Jahren die Stadt Köln aktiv beteiligt ist und es Zulassungsvoraussetzungen der Landesregierung gibt. Alle genutzten Anwendungen müssen von der Gemeindeprüfungsanstalt freigegeben werden. Es handelt sich um einen differenzierten Anforderungskatalog und die Voraussetzungen seien sehr hoch, was eine zeitliche Prognose aktuell nicht möglich mache. Der Prüfsachstand der sechs Anwendungen könne jederzeit abgerufen werden.

Sie erklärt, dass man die Verwaltung digital zuschalten und auch Ausschussmitglieder digital zuschalten könne, aber diese dann nicht formal als Sitzungsteilnehmer zählen würden. Rechtlich gesehen müssen diese vor Ort sein.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

4.5 Anfrage nach § 4 (Die Linke) betreffend Auslastungsanzeigen bei der Stadt Köln sowie städtischen und stadtnahen Einrichtungen AN/0496/2023

Die Anfrage und die Antwort werden zurückgestellt zur nächsten Sitzung.

4.6 Anfrage nach § 4 (Die Linke) betreffend Digitalisierung der Stadt Köln AN/0498/2023

**Antwort der Verwaltung vom 17.04.2023
1096/2023**

Frau Mai fragt im Kontext des aufgeführten Seminars für Computer-Einsteiger*Innen, ob es noch Arbeitsplätze in der Verwaltung gebe, bei denen noch nicht mit Computern gearbeitet wird.

Außerdem bittet sie um Erläuterung, warum bei dem dargestellten Hardwarezugang weder Bürgerbüros, Seniorenetzwerke und Jungendeinrichtungen erwähnt werden. Sie fragt, ob diese keinen Hardwarezugang besäßen.

Herr Haack antwortet, dass in jedem Büro der Stadtverwaltung ein Computer und ein Telefon vorhanden sind. Ausnahmen gebe es nur bei Handwerksberufen.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis mit erneuter Wiedervorlage in der kommenden Sitzung.

5 Mündliche Anfragen

Herr Berger fragt, wie sich das Thema KI und Prozessautomatisierung in der Verwaltung darstellen wird.

Er bittet um Erklärung, inwieweit die Stadtverwaltung Startups und Unternehmen im Bereich KI fördert und ob es eine Zusammenarbeit mit Universitäten oder Hürth, die Fördergelder in Höhe von 15 Mio. € erhalten habe, gibt.

Herr Haack regt an, das Thema für den Wirtschaftsausschuss vorbereiten zu lassen durch die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH.

Herr Hilleke erinnert an seine mündliche Anfrage aus der letzten Sitzung zum Thema Ordnungswidrigkeiten.

Herr Haack erklärt, dass die Antwort in der nächsten Sitzung erfolgt und aktuell die Antwort noch in der Verwaltung „feingeschliffen“ wird.

Herr Jeschka formuliert den Auftrag, dafür zu sorgen, dass die Sitzung des Ausschusses zukünftig gestreamt wird.

Herr Haack schildert, dass dieser Auftrag sehr gerne entgegengenommen wird, aber er noch nicht versprechen kann, ob es bis zur nächsten Sitzung umgesetzt werden kann.

6 Anträge

6.1 Antrag nach § 3 (SPD und FDP) betreffend LoRaWAN-Projekte Beschleunigung AN/0548/2023

Herr Franzen regt an, dass die LoRaWAN-Technologie intensiver genutzt werden soll. Konkret führt er aus, dass jede Dienststelle prüfen solle, ob diese Technologie nicht genutzt werden könne für eigene Leuchtturm-Projekte.

Frau Steinmann sagt, dass die SPD sich dem Antrag angeschlossen hat und eine Stoßrichtung angeben möchte. Den zuvor signalisierten Beratungsbedarf an dem Antrag möchte sie gerne annehmen.

Herr Hammer plädiert für eine Werbung des Themas LoRaWAN sowie dessen Ausbau. Es ist zu überlegen, welche Dezernate die Vorreiterrolle übernehmen sollten.

Herr Bartels erklärt, warum zehn Projekte pro Dezernat vorgeschlagen wurden im Antrag. Die Dezernate sollen ihre Expertise einbringen und Projekte vorschlagen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in jedem der neun Dezernate mindestens 10 LoRaWAN-Projekte zu initiieren. Dabei sind jeweils 10 LoRaWAN-Projekte bis Ende Q2 2023 zu identifizieren und dem Digitalisierungsausschuss zur Information vorzulegen.

Mindestens fünf Projekte pro Dezernat sind jeweils bis zum Ende Q3 2023 zu starten.

Abstimmung über Beratungsbedarf:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig **zugestimmt**.

Der Antrag wird zurückgestellt.

6.2 Antrag nach § 3 (SPD) betreffend virtuelles Bürgerbüro für Verwaltungsdienstleistungen in Köln AN/0622/2023

Herr Hegenbarth führt aus, dass es sich um einen reinen Prüfungsantrag handelt. Es gehe um Videokonferenzen mit der Stadtverwaltung. Es gehe weiter um eine Art Beratungsstelle, die beiden Seiten Entlastung schaffen solle. Die Stadtverwaltung möge prüfen, in welchen Szenarien diese Lösung praktikabel sei. Des Weiteren solle überlegt werden, wie eine Umsetzung aussehen könne. Die Antwort des Prüfauftrags solle auch an den AVR weiterleitet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Digitalisierung beauftragt die Verwaltung, die Einführung von virtuellen Bürgerbüros für ausgewählte Beratungsdienstleistungen der Stadt Köln zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

7 Allgemeine Vorlagen

8 Dringlichkeitsentscheidungen

Der Ausschussvorsitzende Herr Jeschka schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr **Jeschka** schließt die Sitzung um 17:53 Uhr.

gez. Manuel Jeschka
(Ausschussvorsitzender)

gez. Andreas Plötz
(stellvertr. Schriftführung)